

21.01.2014

Antrag

der Fraktion der FDP

Rente generationengerecht und zukunftsfest machen – keine Rentenexperimente auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler

I. Ausgangslage

Das Bundesarbeitsministerium hat den Entwurf für eine Rentenreform vorgelegt, mit der die teuren Wahlversprechen von Union und SPD umgesetzt werden sollen. Das „Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“ sieht die Absenkung des Rentenzugangs auf 63 Jahre, die Erhöhung der Mütterrente, eine bessere Absicherung bei Erwerbsminderung und eine Dynamisierung bei den Rehabilitationsleistungen vor.

Diese Leistungsausweitungen werden die Beitrags- und Steuerzahler bis zum Jahr 2030 rund 160 Milliarden Euro kosten. Finanziert werden sollen sie aus den Rücklagen der Rentenversicherung, über zusätzliche Steuergelder aus dem Bundeshaushalt und durch Erhöhungen des Rentenbeitragssatzes.

In einem ersten Schritt wurde bereits ein Stopp der gesetzlich vorgeschriebenen Senkung des Beitragssatzes auf den Weg gebracht. Nach geltendem Recht hätte der Beitragssatz 2014 von 18,9 auf 18,3 Prozent sinken müssen, weil die Rücklagen der Rentenversicherung weit über der vorgeschriebenen Höchstgrenze liegen. Diesen Mechanismus hat die große Koalition in einem rechtlich fragwürdigen Verfahren ausgehebelt.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Angesichts der steigenden Zahl von Empfängern von Leistungen aus der Rentenversicherung bei einem gleichzeitigen langfristigen Rückgang der Zahl der Beschäftigten hat die Sicherung stabiler Rentenbezüge für zukünftige Rentnergenerationen höchste Priorität.
2. Das Rentenpaket der Bundesregierung macht alle bisherigen Anstrengungen zur Sicherung der Finanzierbarkeit der Rentenversicherung zunichte.

Datum des Originals: 21.01.2014/Ausgegeben: 21.01.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

3. Die Pläne von Union und SPD für Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind nicht seriös gegenfinanziert, belasten die kommenden Generationen in ungerechtfertigter Weise und stellen einen Bruch des Generationenvertrags dar.
4. Durch die Aussetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Senkung des Rentenbeitrags sinkt das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer, die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber steigen und Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung gehen verloren.

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für eine dauerhaft stabile und generationengerechte Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen;
2. sich auf Bundesebene für einen Verzicht auf die geplanten Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen;
3. im Bundesrat gegen die Aussetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Senkung des Rentenbeitrags zu stimmen;
4. sich auf Bundesebene für eine Stärkung der betrieblichen und privaten Rentenvorsorge einzusetzen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Ulrich Alda
Susanne Schneider

und Fraktion